

Die EU stellt sich auf die Seite des Staates Israel gegen ihre eigenen Mitgliedstaaten

Ali Abunimah, electronicintifada.net, 19.07.22

Ist die Europäische Union dem Staat Israel gegenüber loyaler als gegenüber ihren eigenen Mitgliedstaaten? Es sieht auf jeden Fall so aus.

Anfang dieses Monats haben neun EU-Regierungen die israelische Einstufung von sechs hoch angesehenen palästinensischen Menschenrechtsgruppen als „terroristische Organisationen“ endlich als Unsinn bezeichnet (1).

Während die EU die sterbende „Zwei-staatenlösung“ verbal unterstützt, belohnt und fördert sie weiterhin die gewaltsame Kolonisierung des besetzten palästinensischen Landes durch den Staat Israel und negiert das Konzept eines unabhängigen palästinensischen Staates.

Die Einstufung im Oktober war Teil der lang-jährigen Kampagne des Staates Israel, jeden zu kriminalisieren, die Finanzmittel zu entziehen und zu sabotieren, der versucht, Israel für seine Verbrechen gegen die Palästinenser:innen zur Verantwortung zu ziehen.

„Es sind keine wesentlichen Informationen von Israel eingegangen, die eine Überprüfung unserer Politik gegenüber den sechs Gruppen rechtfertigen würden“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung von Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Irland, Italien, den Niederlanden, Spanien und Schweden vom 12. Juli.

„Solange keine derartigen Beweise vorliegen, werden wir unsere Zusammenarbeit und unsere starke Unterstützung für die Zivilgesellschaft in den besetzten palästinensischen Gebieten fortsetzen“, fügten sie hinzu.

Mehrere der vom Staat Israel ins Visier genommenen Gruppen werden direkt von diesen Regierungen sowie von der zentralen EU-Bürokratie in Brüssel finanziert.

Drei von ihnen - *Addameer*, *Al-Haq* und *Defense for Children International-Palestine* - haben eng mit dem Internationalen Strafgerichtshof bei der Untersuchung von Kriegsverbrechen in der Westbank und im Gazastreifen zusammengearbeitet.

Sobald die Erklärung der neun Regierungen veröffentlicht wurde, schrieb ich an Peter Stano, den außenpolitischen Sprecher der EU, um zu erfahren, ob Brüssel sie unterstützt. Mehr als eine Woche

später - und trotz zweier Mahnungen - hatte der normalerweise reaktionsfreudige Stano keine Antwort geschickt.

Ich kann dieses Schweigen nur dahingehend deuten, dass die nicht rechenschaftspflichtige EU-Bürokratie nicht mit ihren eigenen Mitgliedstaaten übereinstimmt und ihren eigenen, noch härteren pro-israelischen Ansatz verfolgt.

Tatsächlich stellt sich Brüssel auf die Seite Tel Avivs gegen die EU-Regierungen, die von Israels Verleumdungen und Lügen endlich genug verärgert waren, um dies öffentlich zu sagen. Auch ohne eine Antwort von Stano sind die Beweise dafür klar genug.

Electronic Intifada berichtete im Oktober, dass der Staat Israel die EU im Voraus über seine Absicht informiert hatte, die palästinensischen Gruppen als „terroristisch“ zu bezeichnen, aber Brüssel versäumte es, dagegen vorzugehen oder dies sogar seinen eigenen Mitgliedsstaaten mitzuteilen. Damals räumte Stano ein, dass die EU „mehr Informationen über die Grundlage für diese Einstufungen“ benötige - ein Eingeständnis, dass der Staat Israel keine echten Beweise vorgelegt hatte.

„Unrechtmäßige“ Sperrung

Im vergangenen Monat gelang es *Al-Haq*, die Europäische Kommission zu ersuchen, die Aussetzung der Finanzierung eines von der EU geförderten Projekts der Menschenrechtsorganisation aufzuheben (2). *Al-Haq* erklärte, die „skandalöse Aussetzung“ sei „von Anfang an rechtswidrig gewesen und basiere auf israelischer Propaganda und Desinformation“.

In einem Schreiben der EU wurde bestätigt, dass die EU-Betrugsbekämpfungsstelle *OLAF* „zu dem Schluss gekommen ist, dass kein Verdacht auf Unregelmäßigkeiten und/oder Betrug im Zusammenhang mit den *Al-Haq* gewährten EU-Mitteln besteht“.

Al-Haq machte Olivér Várhelyi, einen hochrangigen, nicht gewählten EU-Beamten, für die Aussetzung verantwortlich und erklärte, diese ziele darauf ab, „der israelischen Regierung bei ihren Versuchen Rückenwind zu geben, die palästinensische Zivilgesellschaft zu schwächen und zu diffamieren und die Stimmen der palästinensischen Menschenrechtsorganisationen und -verteidiger zu unterdrücken“. Várhelyi war auch für die Aussetzung der EU-Hilfe für die Palästinenser:innen verantwortlich, einschließlich der Finanzierung von lebensrettenden Behandlungen für palästinensische Krebspatienten.

Die Hilfe wurde im vergangenen Monat freigegeben, kurz bevor die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, nach Israel und in die besetzte Westbank reiste, wo sie die meiste Zeit damit verbrachte, Tel Aviv den Hof zu machen (3).

EU kehrt zu hochrangigem Forum mit Israel zurück

Doch so uneinig sich die EU und ihre Mitgliedstaaten auch über die sechs Organisationen sein mögen, so einmütig sind sie sich, wenn es darum geht, den Staat Israel für seine Verbrechen gegen die palästinensische Bevölkerung bedingungslos zu belohnen.

Am Montag beschlossen die 27 Außenminister des Blocks, die Sitzungen des Assoziationsrates EU-Israel wieder aufzunehmen (4). Dieses hochrangige Forum hat seit einem Jahrzehnt nicht mehr getagt, sehr zum Ärger des Staates Israel und seiner Lobby. Die Minister „kamen überein, die Sitzungen wieder einzuberufen und mit den Arbeiten zur Festlegung der EU-Position zu beginnen“, heißt es in einem Kommuniqué aus Brüssel.

„Die Position der EU zum Nahostprozess hat sich seit den Schlussfolgerungen des Rates von 2016, die die Zweistaatenlösung unterstützen, nicht geändert“, heißt es in der Erklärung.

Während die EU die sterbende „Zweistaatenlösung“ verbal unterstützt, belohnt und fördert sie weiterhin die gewaltsame Kolonisierung des besetzten palästinensischen Landes durch den Staat Israel und negiert das Konzept eines unabhängigen palästinensischen Staates.

Várhelyis Reaktion auf die Entscheidung vom Montag unterstreicht, dass es keinen Grund gibt, eine Änderung zu erwarten. Er begrüßte die Wiederaufnahme des hochrangigen Forums als ein weiteres Zeichen dafür, dass die EU ihren Beziehungen zu Israel „fest verpflichtet“ ist, und forderte den Block auf, „die Gelegenheit der Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und einer Reihe arabischer Länder zu nutzen“.

Dimitar Tzantchev, der EU-Botschafter in Tel Aviv, versicherte, dass der Assoziationsrat EU-Israel es uns ermöglichen sollte, mit unseren israelischen Partnern in Kontakt zu treten und über den Friedensprozess im Nahen Osten und die Rolle der EU darin nachzudenken“.

Tzantchevs vage Formulierung war zweifellos sorgfältig ausgearbeitet, um den Eindruck zu erwecken, dass diese unverhohlene Belohnung des Staates Israel den schon lange toten „Friedensprozess“ irgendwie vorantreiben würde, während es im Zusammenhang mit der Förderung der palästinensischen Rechte keinerlei konkrete Verpflichtungen seitens Brüssels gibt (5).

Die Entscheidung der EU, den hochrangigen Dialog wieder aufzunehmen, ist nach Ansicht des israelischen Journalisten Barak Ravid ein „wichtiger Erfolg“ für den israelischen Premierminister Yair Lapid. Ravid weist darauf hin, dass dies eines der Hauptziele Lapids war, als er vor etwas mehr als einem Jahr das Amt des israelischen Außenministers übernahm.

Verzögerung ohne Prinzip

Unter Berufung auf einen anonymen „hochrangigen europäischen Beamten“ berichtete die *Times of Israel* am Montag, dass Josep Borrell, der Chef der EU-Außenpolitik, die Wiederaufnahme der EU-Israel-Ratssitzungen „wegen der Ermordung der Al Jazeera-Journalistin Shireen Abu Akleh“ im Mai verzögert habe (6). Im selben Monat kündigte der israelische Staat eine massive Ausweitung seiner Kolonien in der Westbank an, was Borrell zu einer seltenen Verurteilung veranlasste (7). „Es gab zwei Dinge, die in Bezug auf die Diplomatie inakzeptabel waren - die Ermordung der Journalistin und die Ankündigung von 4.000 neuen Siedlungen“, sagte der anonyme europäische Beamte laut *The Times of Israel*.

Borrell sagte uns: „Könnt ihr euch vorstellen, dass ich ein Treffen zur Zusammenarbeit auf die Tagesordnung setze mit den Fernsehbildern? - kommt schon“, fügte der Beamte hinzu. Aber das war keine prinzipielle Haltung.

Der rückgratlose Borrell war nur um den Schein besorgt und hielt es für klug zu warten, bis der Mord an der Al-Jazeera-Korrespondentin aus den Schlagzeilen verschwunden war, bevor er dem Staat Israel weitere Belohnungen gewährte.

Borrell hatte angedeutet, dass er die Angelegenheit erst während der sechsmonatigen tschechischen Präsidentschaft, die am 1. Juli begann, vorantreiben würde, wie die *Times of Israel* berichtet. Und genau das geschah - trotz anhaltender Vertreibung palästinensischer Dorfbewohner aus Masafer Yatta in der besetzten Westbank durch den Staat Israel- neben anderen Kriegsverbrechen, die die EU angeblich bekämpft.

„Die Tatsache, dass 27 EU-Außenminister einstimmig für eine Stärkung der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zum Staat Israel gestimmt haben, ist ein Beweis für Israels diplomatische Stärke und die Fähigkeit dieser Regierung, neue Möglichkeiten in der internationalen Gemeinschaft zu schaffen“, jubelte der israelische Premierminister Lapid nach der EU-Entscheidung vom Montag. Es ist auch ein Beweis für die schiere Feigheit und vorsätzliche Komplizenschaft der Europäischen Union und jedes einzelnen ihrer Mitglieder.

Quelle:

<https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/eu-sides-israel-against-its-own-member-states>

1. <https://www.auswaertiges-amt.de/en/newsroom/news/-/2542052>
2. <https://www.alhaq.org/advocacy/20237.html>
3. <https://euobserver.com/world/155200>
4. <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/fac/2022/07/18/>
5. <https://twitter.com/DTzantchev/status/1549098122235756546>
6. <https://www.timesofisrael.com/top-eu-diplomat-delaying-key-israel-meeting-over-abu-akleh-killing-official/>
7. https://www.eeas.europa.eu/eeas/israelpalestine-statement-high-representative-new-illegal-settlement-plans_en

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee.stuttgart.de